
FDP Frankfurt am Main

ANTISEMITISMUS AN SCHULEN ENTGEGENWIRKEN

26.05.2017

Das Problem des Antisemitismus an Frankfurter Schulen thematisiert der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Römer [Uwe Schulz](#) in einer Anfrage im Rahmen der Fragestunde der nächsten Sitzung des Stadtparlaments. Anlass war der Fall eines jüdischen Schülers an einer Berliner Schule, der über Monate von Mitschülern auf antisemitische Art und Weise diskriminiert wurde, so dass seine Eltern sich gezwungen sahen, ihn von der Schule zu nehmen. Dies stelle eine Schande für unser Land dar. Schulz möchte vom Magistrat wissen, ob derartige Tendenzen an Frankfurter Schulen auch bekannt und welche Präventionsmaßnahmen hiergegen geplant seien. In der letzten Zeit mehren sich Berichte über derartige Vorfälle, sagt Schulz. Besonders befremdlich an dem Berliner Fall sei, dass Lehrer angeblich monatelang nichts bemerkt und keine Maßnahmen ergriffen worden seien. Zudem sei die Reaktion der Politik, insbesondere von Seiten der linken Parteien, äußerst zurückhaltend gewesen. Hier seien aber klare Worte angebracht. Offensichtlich ist das Thema Antisemitismus für manche Parteien nur dann interessant, wenn es im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten steht, nicht aber, wenn, wie im Berliner Fall, die Täter Migrationshintergrund haben. Die Angst vor dem Zerplatzen des multikulturellen Traums sei für manchen offenbar größer als das Erfordernis, gegen Antisemitismus, von wem auch immer, Stellung zu beziehen.